

Beitragsordnung des Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.

Die Beitragsordnung regelt das Beitragserhebungsverfahren und legt damit die Bedingungen der Mitgliedschaft in der KAB Deutschlands fest.

1. Grundlage

Grundlage der Beitragsordnung sind die Satzung und das Finanzstatut des Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) e.V. mit seinen Untergliederungen auf Diözesan-, Bezirks-/Kreis- und Ortsebene.

2. Beitragspflicht

(1) Die KAB Deutschlands erhebt von jedem Mitglied einen jährlichen Beitrag auf der Grundlage der Beitragsordnung. Das Beitragsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Nur wenn der Mitgliedsbeitrag, gemäß dem Beitragsstatut, gezahlt wurde

- können Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte wahrgenommen werden;
- können die Vergünstigungen bei Bildungsveranstaltungen, Ferienreisen, Erholungsmaßnahmen berücksichtigt werden;
- kann eine arbeits- und sozialrechtliche Beratung und die Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten durch die KAB in Anspruch genommen werden;
- können die Versicherungsleistungen bei Aktionen/Veranstaltungen des Verbandes geltend gemacht werden;
- können die gesonderten Angebote der Gruppenversicherung und der Deutschen Bahn genutzt werden.

3. Beitragsaufteilung

Der von den Mitgliedern des KAB Deutschlands e.V. erhobene Beitrag setzt sich zusammen aus:

a) dem Anteil des KAB Deutschlands e.V.

b) dem Anteil für den jeweiligen Diözesanverband, festgelegt vom jeweiligen Diözesanverband nach eigenen Richtlinien.

c) dem Anteil des jeweiligen Ortsverbands, festgelegt vom jeweiligen Ortsverband. Die Diözesanverbände können in ihrer Satzung regeln, dass der Beitrag ihrer Ortsverbände durch die zuständigen diözesanen Gremien festzulegen ist.

Direktmitglieder¹ zahlen einen Beitrag, differenziert nach Beitragsanteilen für den KAB Deutschlands e.V. und dem jeweiligen KAB Diözesanverband.

4. Beitragsstufen

Regelbeitrag

¹ KAB Mitglieder, die außerhalb von KAB Gruppen zentral erfasst werden, sind Direktmitglieder.

Einzelmitglieder zahlen den Einzelbeitrag:

(2) Verheiratete Mitglieder zahlen einen Beitrag für Ehepaare, wenn beide Partner ihre Mitgliedschaft erklären. Wenn die Mitgliedschaft eines Ehepartners erlischt, wird der andere Ehepartner als Einzelmitglied geführt.

Sozialbeitrag

(3) Ein Sozialbeitrag kann vom Mitglied (auch bei Neumitgliedschaft) beantragt werden, wenn es in einer schulisch/beruflichen Ausbildung steht, Arbeitslosengeld II oder Grundversicherung (im Alter und bei Erwerbsminderung) bezieht. Durch den Sozialbeitrag werden die Mitgliedsrechte nicht eingeschränkt. Der Ortsverband entscheidet über den schriftlichen Antrag des KAB Mitglieds. Ein Nachweis der Begründungen ist nicht erforderlich. Es zählt das Vertrauen in die Aussage des KAB Mitglieds. Wenn sich die Voraussetzungen für einen Sozialbeitrag ändern, ist dies dem Ortsverband mitzuteilen.

Beitragsfreistellung

(4) Eine Beitragsfreistellung kann beantragt werden, für Mitglieder mit sehr geringen finanziellen Mitteln (Taschengeld), die in Senioren- und Pflegeheimen leben oder unter Betreuung (Vormundschaft) stehen. Durch die Beitragsfreistellung werden die Mitgliedsrechte nicht eingeschränkt. Der Ortsverband entscheidet über den schriftlichen Antrag des KAB Mitglieds bzw. der/des gesetzlichen Betreuerin/s. Ein Nachweis der Begründungen ist nicht erforderlich. Es zählt das Vertrauen in die Aussage des KAB Mitglieds.

Förderbeitrag

(5) Mit einem freiwilligen, höheren Beitrag wird das Engagement der KAB zusätzlich gefördert.

5. Beitragserhebung

(1) Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag. Bei Neuaufnahmen während des Jahres wird der anteilige Jahresbeitrag berechnet.

(2) Er wird bei Eintritt in die KAB und jeweils im Februar des laufenden Kalenderjahres erhoben.

(3) Der Mitgliedsbeitrag wird durch den Ortsverband beim Mitglied eingezogen.

(4) Bei Direktmitgliedern wird der Mitgliedsbeitrag per Lastschriftverfahren durch den KAB Diözesanverband oder der KAB Deutschlands im Februar des Kalenderjahres eingezogen.

6. Verletzung der Beitragspflicht

(1) Wird der Mitgliedsbeitrag nach zweimaliger Aufforderung durch den Ortsvorstand (bei Direktmitgliedern durch den Diözesanverband) mit einer jeweiligen Frist von vier Wochen nicht gezahlt, verliert das Mitglied alle Mitgliedsrechte rückwirkend zum Beginn des Kalenderjahres.

7. Änderungen der Mitgliedschaft

Kündigung

Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist nur zum 31.12. des Kalenderjahres möglich.

(2) Die schriftliche Kündigung der Mitgliedschaft muss bis zum 30.9. des Kalenderjahres beim Ortsverband (bzw. bei Direktmitgliedern beim Diözesanverband) vorliegen.

(3) Der Ortsverband wird gebeten, Kündigungen vor dem 30.9. umgehend (innerhalb von

vier Wochen) an das zuständige KAB Sekretariat weiterzuleiten.

(4) Bei einer Kündigung sind immer etwaige Ansprüche der KAB an das Mitglied aus Regelungen der Rechtsschutzordnung zu prüfen.

Änderung der Beitragsstufen

(5) Änderungen der Regelbeitragsstufen, des Sozialbeitrags und der Beitragsfreistellung werden nur zu Beginn des folgenden Kalenderjahres vollzogen.

(6) Die Mitteilung über Änderungen der Beitragsstufe muss bis zum 30.9. des Kalenderjahres beim Ortsverband (bzw. bei Direktmitgliedern beim Diözesanverband) vorliegen.

(7) Ein Förderbeitrag kann rückwirkend zum 1.1. des Kalenderjahres berücksichtigt werden.

Wechsel des Ortsverbandes

(8) Der Wechsel in einen anderen Ortsverband wird jeweils zum 1.1. des folgenden Kalenderjahres vollzogen. Ein Beitragsausgleich über den Anteil des Ortsverbandes kann innerhalb der Gruppen hergestellt werden.

Tod

(9) Der Mitgliedsbeitrag wird nur für die vollen Monate vor dem Todesfall abgerechnet.

8. Auflösung des Ortsverbandes

(1) Mit der Auflösung eines KAB-Ortsverbandes erlischt nicht die Mitgliedschaft der KAB Mitglieder in der KAB Deutschlands. Die KAB Mitglieder wechseln in einen anderen Ortsverband oder verbleiben als Direktmitglieder im Diözesanverband.

(2) Bis zum Auflösungsstermin müssen vom KAB Ortsverband alle Beitragszahlungen an die KAB Deutschlands geleistet werden.

9. Jahresrechnung des Weiterleitungsbeitrags (= Beitragsanteil der Bundesebene und der Diözesanebene, ohne Ortsanteil)

(1) Jeder KAB Ortsverband erhält für das vorhergehende Kalenderjahr eine Jahresabrechnung mit einer Nachweisliste aller eingetragenen Veränderungen im Mitgliederbestand zum 31.12..

(2) Für das aktuelle Kalenderjahr wird eine Jahresrechnung für alle zum 1.1. des Jahres im Ortsverband organisierten KAB Mitglieder zugesandt.

(3) Die Jahresabrechnungen werden im Januar zugesandt. Der Mitgliedsbeitrag ist bis zum 15. Februar durch den Ortsverband zu begleichen. Auf Wunsch des Ortsverbandes kann die Jahresabrechnung je zur Hälfte am 15.2. und 15.7. gezahlt werden.

(4) Die Ortsverbände sollen eine Einzugsermächtigung erteilen.

(5) Änderungen der Mitgliedschaft während des Jahres (Eintritt, Tod) werden in der Jahresabrechnung des folgenden Jahres ausgewiesen.

(6) Der Ortsvorstand kann jederzeit die Mitgliederdaten des Ortsverbandes abrufen. Voraussetzung dafür ist ein Administratorenvertrag. Nähere Informationen sind ersichtlich unter www.kab.de - Suchwort: Administratorenvertrag

10. Ausstehende Weiterleitungsbeiträge der Ortsverbände

(1) Ausstehende Weiterleitungsbeiträge der Ortsverbände werden Mitte März dem jeweiligen Diözesanverband mitgeteilt.

- (2) Der Diözesanverband klärt bis Ende April die Gründe der Beitragsdifferenz mit dem zuständigen Kassierer bzw. Kassiererin des Ortsverbandes.
- (3) Eine erste Zahlungserinnerung wird durch die KAB Deutschlands Mitte Mai an die betroffenen Ortsverbände gesandt.
- (4) Die zweite Zahlungserinnerung folgt Mitte Juni.
- (5) Eine weitere Klärung der Beitragsforderungen erfolgt in Absprache des/r jeweiligen Diözesanvorstands/-leitung und der KAB Bundesleitung.

11. Beitragsbestätigung

- (1) Jedes KAB Mitglied kann eine Beitragsbestätigung beim zuständigen KAB Sekretariat anfordern.
- (2) Bestätigt wird der „Weiterleitungsbeitrag“ (Bundes- und Diözesananteil). Es kann der gesamte Mitgliedsbeitrag (Bundes-, Diözesan- und Ortsanteil) bestätigt werden, wenn durch den Ortsvorstand der Beitragsanteil des Ortsverbandes der KAB Deutschlands schriftlich bis zum 31.10. des laufenden Jahres mitgeteilt wird.
- (3) Die Anforderung einer Beitragsbestätigung muss für das laufende Kalenderjahr bis zum 30.9. beim Ortsverband vorliegen. Die Informationen sind durch den Ortsverband bis zum 31.10. an das zuständige KAB Sekretariat weiterzuleiten.
- (4) Die Beitragsbestätigungen werden im Dezember für das laufende Kalenderjahr an den Kassierer bzw. die Kassiererin des Ortsverbandes zugesandt. Voraussetzung ist, dass die Weiterleitungsbeiträge gezahlt wurden.

12. MitgliederMagazin - KAB Impuls

- (1) Der Bezug des MitgliederMagazins „KAB-Impuls“ ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.
- (2) Die Zustellung des MitgliederMagazins erfolgt durch den Ortsverband.
- (3) Eine postalische Direktzustellung an jedes Mitglied im KAB Ortsverband ist möglich. Die Versandkosten trägt der Ortsverband. Bei Direktmitgliedern übernimmt der Diözesanverband die Versandkosten.

13. Information

Die Beitragsordnung wird auf der Homepage der KAB Deutschlands veröffentlicht. Neumitglieder werden auf die Veröffentlichung der Beitragsordnung hingewiesen. Auf Wunsch, wird die Beitragsordnung schriftlich zugesandt.

14. Zeitpunkt

Die Beitragsordnung tritt vorbehaltlich einer Prüfung durch das zuständige Finanzamt mit dem Beschluss des Bundesausschusses vom 27.03.2010 zum 1.1.2012 in Kraft

15. Öffnungsklausel

Die Bestimmungen zur Abrechnung und Zahlungsweise in dieser Beitragsordnung sollen bis zum 01.01.2014 in allen Ortsvereinen des KAB Deutschlands e.V. umgesetzt sein.

Beschluss des Bundesausschusses 26./27. März 2010, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen